

NEUSTADT-KURIER



2. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven



Juni 1987

Der Verhinderungsausschuß

Das Bergfest ist in aller Munde. Leider aber nicht im positivem Sinne. Die Frage jeder Neustadter Bevölkerung lautet: Findet das Bergfest nun statt? Oder nicht? Schuld daran sind aber nicht etwa die Veranstalter des Festes, die „Bergfreunde 70“, die seit Jahren sich große Verdienste um die Verschönerung und Erhaltung unseres Neustadter Hausberges machen, sondern ein Verwaltungsgremium, das sich zum Oberzensor aller Bürger aufgeschwungen hat: gemeint ist der Umweltausschuß. Die Bergfreunde mußten plötzlich feststellen, daß ihnen auf Grund einer Sitzung dieses Ausschusses im April Auflagen gemacht wurden, die dermaßen durchsichtig waren, daß sie nur noch eine Konsequenz ziehen konnten: Das Bergfest 1987 wird nicht mehr stattfinden!

Diese traurige Bilanz einer umfassenden Prüfung der Auflagen hat eindeutig die Verwaltung zu verantworten. So fällt nun, nach weit über 10 Jahren Bergfeste, plötzlich auf, daß die „Waldbrandgefahr“ sehr groß sei, Feuerwachen nach Abschluß des Festes aufgestellt werden müßten und die Veranstaltung zu verkleinern sei. Alleine schon diese kurze Aufzählung von „Bedenken“ zeigt, daß offensichtlich der Veranstaltung Steine in den Weg gelegt werden sollten. Die Bergfreunde wollten eine alte Tradition fortsetzen und mit viel Zeitaufwand und persönlichem Engagement einen weiteren Höhepunkt im gesellschaftlichen Leben der Stadt vorzeigen. Jetzt steht man schon fast vor einem Scherbenhaufen, ohne eigenem Zutun.

Es ist am Rande des Erträglichen, wenn man sieht, wie Eigeninitiative und Bürgersinn von einer Behlungsbürokratie, die sich hinter Vorschriften verschanzte, zunichte gemacht wird. Es wird nicht mehr der Normalfall bedacht, sondern nur noch der Katastrophenfall. Auf diese Weise wurden die Auflagen zur Katastrophe für den Verein. Besonders schön ist die Feststellung des Umweltausschusses, die da lautet: „Zudem ist dem Veranstalter aufzuerlegen, daß eine Reduzierung

der Besucherzahl dringend erforderlich ist und deshalb eine Werbung nur noch im Stadtgebiet erfolgen soll!“ Da liegt nun unser Neustadt schon fast am Ende der Welt und hat nur wenige Attraktionen vorzuweisen, doch diese sollen in der Umgebung nicht bekannt gemacht werden, es könnte ja sein, daß sich der eine oder andere Besucher hier wohlfühlen könnte und gerne einmal wiederkommen möchte.

Neustadt in Europa – Neustadt als Dorf? Unter dem Deckmantel von Natur- und Umweltschutz soll das Bergfest geopfert werden. Dieses Fest gehört auf den Berg, das Fest gehört der Gemeinschaft der Neustadter und ihrer Gäste und darf so nicht kaputtgemacht werden!

Dieser Ausschuß, der angeblich Fragen der Umwelt und des Naturschutzes berücksichtigen soll, entwickelt sich immer mehr zu einem Instrument der Verhinderungsstrategie. Was soll eigentlich noch alles geopfert werden? Vielleicht die Volkswanderung am 17. Juni? Dort werden wieder Tausende von Menschen nach Neustadt kommen, um an der Volkswanderung teilzunehmen. Sie kommen mit ihren Autos, wandern durch unsere heimische Flur, erschrecken das Wild und die lieben Vögel, vielleicht wandert sogar ein Raucher mit und sorgt für Waldbrandgefahr. Also müßte wohl auch hier entweder eine „deutliche Reduzierung“ der Besucher (vielleicht 3 bis 4?) verlangt werden oder aber die Feuerwehr an den Wanderwegen zur Brandwache stehen? Die Helfer der Wanderfreunde, vielleicht auch die Wanderer selbst, könnte man mit Feuerpatschen bestücken. Danach wird vier Stunden noch Brandwache geschoben. Es bleibt nur der Stoßseufzer: Heiliger Sankt Bürokratius, verschone uns vor den Eiferern!

Gleiches gilt im übrigen auch für die ADAC-Geländefahrt. Auch hier ist es ein kleiner, aktiver Ortsverband, der in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz, den CB-Funkern und vielen freiwilligen Helfern eine sportliche Großveranstaltung in

Neustadt durchführt. Weit über die Grenzen Oberfrankens ist dadurch der Name Neustadts in Motorsportkreisen bekannt geworden. Auch hier hat der Umweltausschuß bereits zugeschlagen: Die SPD-Stadträte Koch und Stegner haben in besonderer Weise ihre Verdienste um die Verhinderung von anerkannten sportlichen Großveranstaltungen. Es geht nicht mehr um den Schutz der Natur, sondern leider nur noch um Miesmacherei und Mißachtung der Forderung nach Verbesserung der Lebensqualität und Attraktivitätssteigerung. Wenn man die Aktivitäten in unserem Raum systematisch angreift, schlecht macht, verbietet oder durch Auflagen abwürgt, braucht man sich nicht zu wundern, daß immer mehr Bürger sich eben von dieser Stadt und ihrem Lebensraum abwenden. Es wird Zeit, daß wieder mehr Toleranz geübt wird, nicht die Engstirnigkeit unter dem Deckmantel des Naturschutzes platzgreift.

Erfreulich, zumindest für dieses Jahr ist noch zu verzeichnen: Das Bergfest findet statt (mit Hilfe der Stadt und des Stadtrates).

Ob einigen Stadträten jetzt wohl die Ohren klingeln???

- 4 -

CSU

KALENDER

3.6.87, 20.00 Uhr 3 Jahre Frauen-Union, Gasthaus Scheler, Haarbrücken

11.7.87, 19.30 Uhr Sommerfest der CSU mit kaltem Büffet

24.6.87, 20.00 Uhr CSU-Mitglieder-Versammlung

Schöne Aussichten

Die Enttäuschung bei den Neustadtern ist groß: der ewige Optimist Hellmut Grepel, Oberbürgermeister von Neustadt, mußte nunmehr einräumen, daß die Baumaßnahmen im Freischwimmbad eine Öffnung des Schwimmbeckens im Jahr 1987 unmöglich machen. Wie kam es eigentlich zu dieser Situation?

Seit Jahren ist der Verwaltung bekannt, daß das Bad, das immerhin seit 1955 besteht, in einem erbärmlichen Zustand ist. Es wurde zwar immer wieder, insbesondere von der SPD, bestritten, aber die Wahrheit konnte jetzt, als die Platten im Bereich des Schwimmbeckens beseitigt wurden, nicht mehr vertuscht werden: Der unter den Platten befindliche Beton ist so brüchig, daß die zuständige Firma, die die neuen Platten anbringen sollte, sich weigerte, auf diesen Untergrund ihre Platten zu verlegen. Es bestünde nämlich dann die Gefahr, daß in wenigen Monaten, spätestens aber in ein oder zwei Jahren, die gesamten Arbeiten umsonst waren. Die Platten würden nicht mehr halten, die Kosten von mehr als 1,2 Millionen DM wären verloren.

Nunmehr muß also der Beckenkopf (Rand des Schwimmbeckens) völlig neu betoniert werden, dann muß dieser Beton austrocknen und danach kann, evtl. im Herbst 1987, das Aufbringen der Platten erfolgen.

Nun soll zwar noch versucht werden, wenigstens die Nichtschwimmerbecken und die Wasserrutsche zu installieren, das Bad bleibt trotzdem, selbst wenn es teileröffnet wird, eine Baustelle.

Am Beispiel unseres Freibades kann man trefflich die schlimmen Folgen von Ideologien in der Kommunalpolitik nachvollziehen: Die SPD hat sich nicht zuletzt im Wahlkampf 1984 kompromißlos für die Beibehaltung des heutigen Freibades ausgesprochen. 1,5 Millionen DM jährlich kostet dem Neustadter Steuerzahler dieser Luxus. Zusätzlich muß halt auch festgestellt werden, daß das Bad, das jetzt über 30 Jahre alt ist, in erheblichem Umfang reparaturbedürftig ist. Es existieren Gutachten, die von einer Gesamtanierung von ca. 3,5 bis 4 Millionen DM sprechen. Demgegenüber gibt es eine Bestandsanalyse und Entwicklungsstudie der Firma Plafog, Kulmbach, die sich speziell mit Bädern befaßt. Im Rahmen dieser Studie ist festgehalten, daß der Neubau eines Freibades im Bereich des Hallenwellenbades (Kombibad) ca. 3 Millionen DM reine Baukosten beträgt. Dabei ist neben den Verwaltungsgebäuden (Kasse, Umkleideraum, Garderobe, Kiosk, Pergola etc.) ein Freibecken mit Schwimmbereich, ein Sprudelbecken, Rutschbecken, Kinderbecken, sowie die Wasserrutsche, ein Wasserfallbrunnen, Badeinsel und eine Umfeldgestaltung mit Liegewiesen, Grillplätzen, Ballspielwiesen und Freizeiträumen vorgesehen. Die Wirtschaftlichkeit (Betriebs- und Fol-

gekosten) errechnet die Plafog ebenfalls und kommt zum Schluß, daß nahezu kostendeckend gearbeitet werden könnte.

Sicher muß eingeräumt werden, daß die Liegeflächen im Bereich des neuen Bades deutlich kleiner ausfallen würden. Während das jetzige Bad eine Grundstücksgröße von 27 000 qm besitzt, würde das Kombibad 14 000 qm Fläche umfassen. Bei der Wasserfläche hingegen könnte nahezu die gleiche Fläche erzielt werden, wobei allerdings beim Kombibad die Fläche des Hallenbades hinzugerechnet würde. So ist zur Zeit im Freibad eine Wasserfläche von 1496 qm vorhanden, während im Kombibad 1425 qm Wasserfläche vorhanden wären.

Die geringere Liegefläche für das Freibad würde auf alle Fälle ausreichen: Die Besucherzahlen sprechen hier ein deutliches Wort: Im Jahre 1985 besuchten das Freibad 20 761 Personen (davon 6 999 Erwachsene), während im gleichen Zeitraum 83 375 Personen (davon 40 000 Erwachsene) das Hallenbad besuchten. Auch im „Supersommer“ 1986 besuchten lediglich 29 515 Personen das Freibad, während im Hallenbad 90 036 Besucher zu finden waren. Obwohl alle Zahlen eigentlich für die Errichtung dieses Kombibades sprachen (auch die Bezuschussungen waren erheblich!), hat sich die SPD stur an ihre früheren Erklärungen gehalten, was den Neustadtern jährlich 1,5 Millionen DM Mehrausgaben bescherte. Hier wäre nicht Ideologie, sondern Praxis gefragt gewesen. Die Zeche zahlt, wie immer, der Steuerzahler!

- 9 -



Eine Baustelle ist das Freibad in Neustadt. Der gesamte Umfangsbereich des Schwimmbeckens ist abgetragen, das darunterliegende Füllmaterial deutlich erkennbar, der Sprungturm (links) wird dieses Jahr niemandem die Möglichkeit eines Sprunges in das kühle Nass geben. Ob das im Sinne der Schwimffreunde liegt, darf bezweifelt werden!

Müllgebührenerhöhung — ohne Gegenleistung!

Es mutet eigentlich wie ein Witz an: Die SPD-Mehrheit im Stadtrat hat mit den Mitgliedern der Freien Wähler (früher Wählergruppe Bergmann) beschlossen den Bürgern über 150 000,- DM mehr an Müllgebühren abzuknöpfen. Grund für diese Heranziehung der Bürger zur weiteren Zahlung ist der Tatbestand, daß der Müllzweckverband (für Coburg-Stadt, Coburg-Land, Kronach und Lichtenfels) eine Wiederverwertungsanlage für Müll errichtet hat, dort wird für teures Geld Plastik, Papier, Glas, Metall und Holz aussortiert, das angeblich kostengünstig wiederverwendet werden kann. Die An-

lage, die den Steuerzahler weit über 7 Millionen DM gekostet hat, verlangt natürlich auch eine entsprechende Trennung des Mülls, möglichst schon beim Verbraucher, also dem Bürger. Für eine Testzeit von 3 Jahren hat der Zweckverband die „Grüne Tonne“ eingeführt. Weil aber diese Wiederverwertung des Mülls teuer ist (allein der Landkreis Coburg muß hierfür 650.000,- DM jährlich an den Zweckverband zahlen) hat natürlich auch die Stadt Neustadt ihren Beitrag zu leisten. Dies wäre ja sicherlich nicht falsch, wenn dadurch ein vernünftiger Weg zur Wiederverwertung von Müll gefunden

würde und dabei auch die Kosten in Relation gehalten werden könnten: Wenn aber die Müllverwertungsanlage in Blumenrod, die die Aussortierung vornimmt, bisher nicht einmal die Stromkosten für die Anlage deckt (die Personalkosten, Abschreibungen für das Gerät, Reparaturen etc. sind überhaupt nicht abzudecken und müssen vom Steuerzahler direkt getragen werden) so ist doch wohl die Frage gestattet, ob dies der richtige Weg ist. Die schlaun Müllverwerter, die früher einmal von einer Kostendeckung durch Wiederverwertung des Mülls sprachen, sind sehr still geworden.

Besonders unverständlich wird allerdings die Erhöhung der Müllgebühren um über 35% dann, wenn der Bürger für diese Kosten nicht einmal die Leistung der grünen Tonne in Anspruch nehmen kann. Ein deutlicher Anteil der Stadtbürger, insbesondere in den Außengemeinden, erhält gar keine grüne Tonne, muß aber trotzdem mehr Gebühren zahlen. Ist das „Bürgernähe“ oder ist das „sozial“?

- 9 -

CSU

Mitmachen ist Trumpf

Seit nunmehr 3 Jahren existiert in Neustadt die Frauenunion. In dieser kurzen Zeit hat sich diese Arbeitsgemeinschaft der CSU zu einem verlässlichen Partner des Ortsverbandes der CSU entwickelt. Als sich vor 3 Jahren eine kleine Gruppe politisch interessierter Frauen traf, war deren Devise, daß man neben politischer Information, Geselligkeit und Entspannung den Mitgliedern bieten wollte. Der Erfolg dieser Gruppe, mittlerweile über 30 Mitglieder, gibt diesem Programm recht. Neben dem monatlichen Stammtisch (jeweils 1. Mittwoch eines Monats) hat die Frauenunion unter Leitung ihrer Vorsitzenden Elke Protzmann schon beachtliche Initiativen entwickelt. Die Frauenunion legt Wert darauf, daß sie nicht nur zu Kaffeekränzchen zusammentritt, sondern auch tatsächlich das Interesse der Stadt mit entwickelt. In Vortragsabenden (kommunalpolitische Fragen, AIDS-Aufklärung u.ä.m.) wird das Geschehen der Heimatstadt diskutiert und zu Aktionen angeregt. Es werden auch Feste organisiert, für den Weihnachtsmarkt fleißig gebastelt und im

Rahmen des Sommerfestes ein „Schmunzelbalt“ herausgegeben. Durch diese Veranstaltungen wird nicht nur der Zusammenhalt innerhalb der Frauenunion, sondern auch der Einfluß in der CSU gestärkt.

In Zusammenarbeit mit dem Kreisverband der FU besuchte man bereits den Landtag in München, war am Brombachsee in Mittelfranken und hat eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen besichtigen können. Als nächstes soll ein SOS-Kinderdorf besucht werden.

Durch die Stärkung der Mitsprache im politischen Gremium wird die Mitverantwortung der Frau in Familie, Berufsleben und der Öffentlichkeit dokumentiert und zur Willensbildung und Information beigetragen.

Die FU ist aus den Kinderschuhen erwachsen. Die Erfolge geben ihren Gründerinnen recht, es hat sich eine aktive Gemeinschaft gebildet, die fest zusammenhält und sich über weitere Mitglieder freut.

- ep -

Bauen in Neustadt — Drama oder Provinzposse?



Kein Schmuckstück für den Einfahrtbereich nach Neustadt ist die Wiese an der Staatsstraße in Haarbrücken. Obwohl das Gebiet erschlossen ist und dort Bauplätze für schicke Einfamilienhäuser hätten ausgewiesen werden können, hat die SPD, insbesondere Walter Knauer, gegen eine Bebauung dieser Fläche Front gemacht. Nun gammelt dieses Stück Wiese vor sich hin und bietet ein wenig schönes Bild für die nach Neustadt einfahrenden Autofahrer.

Jetzt ist es amtlich: „Die Stadtverwaltung und OB Grempl haben das menschenmögliche getan, um für Bewerber Gelände zur Verfügung zu stellen“, so lautet der Tenor aus der Stadtratssitzung vom 4. 5. 1987. Die CSU hatte nämlich dort das unerhörte Ansinnen gestellt, daß Sofortmaßnahmen beschlossen werden müßten, damit städtische Baugrundstücke erschlossen werden könnten. Obwohl feststeht, daß im Kernbereich der Stadt nur mehr 4 (vier) Bauplätze für Einfamilienhäuser angeboten werden können, hat die Verwaltung keine weitsichtige Erschließungspolitik getrieben. So mußte der neue Baurat, als er sein Amt antrat, feststellen, daß vor „Mitte 1988“ keine erschlossenen Grundstücke seitens der Stadt an Bauwillige zur Verfügung gestellt werden können. Sollte inzwischen jemand Interesse am Bauen haben, muß er sich entweder gedulden oder aber in den Nachbargemeinden, die nicht geschlafen haben, seinen Bauplatz erwerben. Die Gemeinde Rödental und ihr eifriger Bürgermeister Gerhard Preß werden sichtlich dankbar sein.

Es ist aber müßig darüber zu diskutieren, ob es ein Versäumnis der Verwaltung war oder schlicht und einfach Desinteresse der zuständigen Politiker. Tatsache ist, daß in den nächsten 12 Monaten keine Bautätigkeit unter Mithilfe der städtischen Ämter erfolgen kann. Die Verantwortung dafür trägt der Oberbürgermeister mit seiner SPD-Mehrheitsfraktion. Die Leichfertigkeit dieses Gremiums zeigte die Aufstellung des Flächennutzungsplanes, der auch die Flächen für zukünftige Baugebiete ausweist. Der ganze



Im Baugebiet „Thanner Weg III“ sind noch keine Erschließungsmaßnahmen zu erkennen. Die Fläche ist vorhanden, die Planungsmaßnahmen kommen jedoch zu spät. Die Bauwilligen können vielleicht im Jahr 1988 mit neuen Bauplätzen seitens der Stadt rechnen.

Vorgang kann eigentlich nur noch als Theater bezeichnet werden, wobei es dem Zuschauer obliegt, ob es sich um eine Komödie oder um eine Tragödie handeln mag. Am besten wird wohl der Begriff „Posse“ für diesen Vorgang treffen:

1. Akt: Im Sitzungssaal des Rathauses: Wir schreiben das Jahr 1985, der Stadtrat beschließt, den Bereich zwischen Haarbrücken, der Staatsstraße und dem Gebiet „Thanner Weg III“ entlang der alten Thanner Straße als zukünftiges Baugebiet auszuweisen. Ein Planungswettbewerb wird durchgeführt. Der erste Preisträger erhält den Auftrag, das Gebiet aufzuplanen.

2. Akt: Zwei Jahre später im Rathaus: Langsam regt sich etwas, Pläne werden eingereicht, ein Ingenieurbüro wird mit der Geländeaufnahme des nördlichen Teils (entlang des schon bestehenden Baugebiets) beauftragt. Man ist sich einig, daß dort mit den Baumaßnahmen begonnen werden soll.

3. Akt: Der Stadtrat tagt: Der Flächennutzungsplan für die Große Kreisstadt ist zu beschließen. Die Bauverwaltung legt einen Entwurf vor, der genügend Bauland für 10 bis 15 Jahre beinhaltet (Dunkelheit im Sitzungssaal). Plötzlich werden die Räte der SPD von einem hellen Licht angestrahlt, so erleuchtet und mit der absoluten Mehrheit im Stadtrat ausgestattet, verkündet ihr Sprecher Walter Folgendes:

„Alles Mist, das Baugebiet am Gampertshügel wird ersatzlos gestrichen, auch wenn dort schon 100000 DM verbaut sind. Das Gebiet „Thanner Weg III“ ist zu groß, es wird auf die Hälfte verkleinert“. Licht aus. Verwirrung im Gremium und beim Oberbürgermeister, jemand schlägt eine Denkpause vor. Der Vorhang fällt. Hinter den Kulissen wird lautstark weiterdiskutiert.

4. Akt: Nächste Stadtratssitzung:

Die Erleuchtung will sich nicht so recht einstellen. Allein die absolute Mehrheit bleibt. Durch einen Gnadenakt der SPD darf zwar nun das gesamte Baugebiet, das im Flächennutzungsplan noch beschlossen worden war, bestehen bleiben, es wird allerdings nur der nördliche Teil zur Aufplanung freigegeben.

5. Akt: Am 16. 3. 1987 beschließt der Stadtrat nun endlich die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das gesamte Gebiet „Thanner Weg III“. Die SPD schließt sich der CSU-Meinung an, daß das gesamte Gebiet in einem Stück aufgeplant wird, auch wenn zunächst nur im Norden mit einer ersten Ausbaustufe begonnen werden soll.

6. Akt: Im Rathaus:

Schon seit Monaten nervt die CSU die Verwaltung mit der Frage, wieviel Bauplätze für Einfamilienhäuser denn noch im Kernbereich vorhanden sind. Die Verwaltung antwortet nach grober Schätzung zunächst „ausreichend für weitere 2 Jahre!“. Am 11.4.1987 jedoch dann ein greller Blitz: Jemand studiert die Akten und stellt fest, daß noch genau 4 Bauplätze seitens der Stadt zur Verfügung gestellt werden können, diese sind aber wegen schlechter Lage fast unverkäuflich...

Es läßt sich aber niemand aus der Ruhe bringen. Der nördliche Teil des Baugebietes „Thanner Weg“ wird kurzfristig erschlossen, hierfür plädiert ja auch die SPD als Mehrheitsfraktion. Auch sind Gas-, Wasser- und Kanalanschlüsse schon vorhanden, schließlich ist man ja flexibel...

Wieder erhellt ein Blitz die Szene:

In der Kämmerei wird nach langem und umfangreichen Aktenstudium festgestellt, daß die Stadt praktisch keine Grundstücke in diesem Bereich besitzt und mit den Grundstückseigentümern

bisher noch nicht einmal verhandelt worden ist, ja die meisten sind noch nicht einmal verständigt.

Nun ist aber wirklich Eile geboten, also wird, wenn nicht der nördliche, dann eben der südliche Teil aufgeplant. Dort hat die Stadt wenigstens noch etwas Grundbesitz. Es gibt dort zwar keinen direkten Kanalanschluß und die Versorgungsleitungen müssen durch den Bahndamm gepreßt werden, außerdem widerspricht es total den Vorstellungen der SPD-Fraktion, die noch vor wenigen Monaten der Meinung war, daß dieses Gebiet überhaupt nicht gebraucht würde! Es hebt hektisches Agieren in der Verwaltung an.

Ein neuer Blitz:

Im südlichen Teil des Baugebietes existieren noch gar keine Geländemessungen. Diese wurden ja bisher nur für den nördlichen Bereich erstellt. Deshalb Anruf beim Ingenieurbüro, sofort vermessen, wenn möglich gestern!

7. Akt: Stadtratssitzung:

Der CSU-Antrag, schnellmöglichst Bauland für Interessenten zur Verfügung zu stellen, wird beraten. Dazu erklärt der OB: „Der Antrag der CSU ist völlig unbegründet, es wurde von der Verwaltung das Menschenmögliche getan.“ Dazu beifälliges Nicken der linken Ratsseite.

In dieser Weise fährt der OB fort, daß sich ja Bauwillige im Rathaus in eine Liste eintragen lassen können, denn in einem Jahr würden sie dann Bauland zugeteilt erhalten. Was macht da schon ein Jahr Wartezeit aus!

Im übrigen hat der OB für solche Lappalien stets wenig Zeit. Sein Terminkalender ist ja randvoll ausgefüllt:

morgens: Treffen einer dringlichen Anordnung zum Abriß des Beckenkopfes im Freibad, anschließend: Goldene Hochzeit mit Foto;

nachmittags: 1. Ehrung der Freischwimmer (mit Foto), 2. Ehrung der Fahrtenschwimmer (mit Foto), 3. Stehempfang mit Imbiß (leider ohne Foto), Ehrung der Rettungsschwimmer (mit Foto), 5. Ehrung der Nichtschwimmer (mit 2 Fotos, da nicht alle zusammen auf 1 Bild passen).

Letzter Akt: Im Stadtrat:

Ratlosigkeit, am besten dadurch dargestellt, daß die Lichter ausgehen.

Der Vorhang fällt.

- 7 -

Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden.

Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen verringert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll.

Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben!

Marcus Tullius Cicero, Rom, 55 v. Chr.